



ZUKUNFT

Staat der Zukunft

Ergebnisse einer Repräsentativbefragung

Inhalt

Grußwort	4
Vorwort	6
Methodik	8
Ergebnisse	
1. Nur für eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger ist in erster Linie der Staat für das eigene Wohlergehen verantwortlich	10
2. Der Staat wird in erster Linie als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit wahrgenommen	11
3. Vom „Staat“ ist ein eher diffuses Bild vorherrschend	12
4. Der Staat wird primär mit organisatorischen und administrativen Funktionen in Verbindung gebracht – nur wenige sehen ihn in der Rolle eines Aktivators	13
5. Bürger verbinden mit dem Staat vorwiegend soziale Einrichtungen sowie ordnungs- und sicherheitsorientierte Leistungen	15
6. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, der Chancengleichheit bei der Bildung sowie von Gerechtigkeit sind die wichtigsten Aufgaben des Staates	17
7. Nur jeder zweite Bürger registrierte in den letzten fünf Jahren wichtige Veränderungen in Staat und Verwaltung	19
8. Die wahrgenommenen Veränderungen liegen größtenteils im Bereich „Arbeit“	20
9. Die überwältigende Mehrheit betont die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates	22
10. Das verstärkte Engagement für Kinder ist von überragender Wichtigkeit	23
11. Bei konkreten gesellschaftlichen Aufgabenbereichen liegt aus Sicht der Bürger die Verantwortung eindeutig beim Staat, nicht beim Bürger	25
12. Geteilte Meinungen beim eigenen gesellschaftlichen Engagement	27
13. Zeitliche Überschaubarkeit des gesellschaftlichen Engagements von zentraler Bedeutung	29
Fazit	30
Projektbeschreibung	31



Grußwort

Liz Mohn
Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes
und Mitglied des Kuratoriums der
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Durch die Herausforderungen der Globalisierung und Technologisierung eröffnen sich viele Fragen, wie zukünftig ein Gemeinwesen innerhalb einer internationalen Staatengemeinschaft zu gestalten und zu organisieren ist. Ungleich schwerer wird die Aufgabe für die Entscheidungsträger in den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen durch die Auswirkungen des demografischen Wandels mit der Umkehr der Alterspyramide, sowie einen Wertewandel in der Bevölkerung der die Gefahr der zunehmenden Orientierungslosigkeit in sich birgt. Denn viele Menschen reagieren auf diese Umbrüche einer Zeitenwende mit Verunsicherung, Hoffnungslosigkeit und Angst. Dabei ist der Grat zwischen Resignation und Intoleranz innerhalb einer Gesellschaft schmal.

Dementsprechend sind die Entscheidungsträger in allen Gesellschaftsbereichen aufgefordert, die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen den geopolitischen und strukturellen Veränderungen anzupassen. Durch das Auftreten neuer Konkurrenzverhältnisse innerhalb und außerhalb Europas muss sich der Blick automatisch auch auf die Neudefinition von Verantwortungsbereichen innerhalb eines Landes konzentrieren: Der Staat wird gezwungen sein, seine Verwaltungen effizienter zu gestalten und Aufgaben transparenter zu bewältigen – die Wirtschaft wird ökonomische Leistungsfähigkeit in Verbindung mit gesellschaftlicher Verantwortung als eine der Zukunftsstrategien für die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung anerkennen müssen – und nicht zuletzt die Bürger werden lernen müssen durch ein „Mehr“ an Eigenverantwortung und Eigeninitiative ihre persönlichen Lebenswege selbst zu steuern und zu gestalten.

Wie jedoch werden diese Herausforderungen von den einzelnen Beteiligten angenommen und empfunden? Wie wird heute der Staat durch seine Bevölkerung gesehen und wo werden Aufgabenschwerpunkte unter dem Veränderungsdruck verschoben werden? Wie werden die einzelnen Rollen innerhalb des Dreiecks „Staat – Wirtschaft – Bürger“ zukünftig zu verteilen sein? In einer umfangreichen Befragung im Projekt „Staat der Zukunft“ des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann Stiftung wurde bestätigt, dass die Menschen in unserem Land bereit sind, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen.

Viele Aufgaben des Staates werden ihm heute von den Bürgern als seine Kernkompetenz zur alleinigen Verantwortung und Durchführung überschrieben. Mit Ausnahme

von Hoheitsinteressen wird deutlich, dass die Wiedererlangung der Führungs- und Reformfähigkeit in unserem Land mit einer Senkung der Staatsquote verbunden wird. Die Befragung signalisiert ein deutliches Plädoyer dafür, dass die Menschen der Bundesrepublik sich nicht der Verantwortung im Rahmen einer aktiven, lebendigen Bürgergesellschaft entziehen.

Die Befragungsergebnisse werfen ein interessantes Spiegelbild auf die Wünsche und Hoffnungen für eine politische Neuausrichtung mit Reformen in den wichtigsten Gesellschaftsbereichen. Für die Entscheidungsträger in Politik und Regierung bleibt die Aufgabe, die Ergebnisse in den internationalen Kontext einzubinden, und in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Der Carl Bertelsmann-Preis 2004 zu dem Thema „Leistungssteigerung und Fortschritt im Öffentlichen Sektor“ hat europaweit „Best Practices“ in den unterschiedlichsten Bereichen aufgezeigt. Die vielen vorbildlichen Beispiele haben insbesondere verdeutlicht, dass immer dann, wenn dezentrale Strukturen in Verbindung mit der Delegation von Verantwortung, die Förderung von Kreativität und Innovation durch gestalterische Freiheit, die Mitsprache und Beteiligung am Arbeitsplatz sowie der partnerschaftliche Dialog für Staat, Wirtschaft und Bürger wegweisende Beiträge für den Fortschritt der Gesellschaft und des Landes erzielt werden konnten.

In derartigen Organisationskulturen mit Leistungsvergleichen und Transparenz werden die Wirkungen an Motivation und Kreativität, Leistungs- und Veränderungsbereitschaft frei gesetzt, die insbesondere auch durch die Identifikation mit den Zielen und Aufgaben einer öffentlichen Einrichtung verbunden sind. In diesem Zusammenhang verknüpfen sich die Ergebnisse aus dem Carl Bertelsmann-Preis 2004 und die Befragungsergebnisse zu einer interessanten, nachvollziehbaren Vision für einen „Staat der Zukunft“



Liz Mohn
Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes
und Mitglied des Kuratoriums der
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Vorwort

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Heribert Meffert
Vorsitzender des Vorstandes
der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Der Staat ist im Wandel. Die politischen Entscheider stehen vor großen Herausforderungen. Die Finanzen des Staates müssen dringend saniert werden, seit fünf Jahren hält Deutschland nicht mehr die Kriterien des Maastrichter Stabilitätspaktes ein. Auch die Zahl der Arbeitslosen muss gesenkt und die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Zur Erreichung dieser Ziele sind bereits zahlreiche Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und Rente in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden.

Doch welcher und wie viel „Staat“ ist erforderlich, um diese Herausforderungen zu bewältigen und vor allem: Welche Vorstellungen und Wahrnehmungen haben die Bürgerinnen und Bürger vom Staat? Sehen sie ihn eher als den „Enabler“ oder wünschen sie sich den „Rundumversorger“? Welche Reformerfordernisse und -erfolge sehen sie? Wo und unter welchen Bedingungen sind die Bürger bereit, sich verstärkt einzubringen? Um zu diesen Fragen mehr Hintergrundwissen zu erhalten, führte TNS-Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine repräsentative, telefonische Umfrage unter der deutschen Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr durch. Damit liegt ein aktuelles Meinungsbild der bundesdeutschen Bevölkerung zum Staat und seinen verschiedenen Facetten vor.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Befragung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Mehrheit der Deutschen (69 %) fühlt sich für das eigene Wohlergehen selbst verantwortlich. Diese Einstellung ist im Westen verbreiteter als in den neuen Bundesländern. Dort schreiben noch vier von zehn Befragten in erster Linie dem Staat die Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu.
- Bundesweit betrachtet sehen zwei Drittel der Befragten (66 %) den Staat als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit. Ein Drittel schreibt dem Staat die Verantwortung zu, ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten.
- Die Vorstellungen der Deutschen vom Staat sind diffus. Lediglich jeder Fünfte gibt an, sich diesen relativ klar und deutlich vorstellen zu können.

- Nur etwa die Hälfte der Befragten gibt an, in den letzten fünf Jahren Veränderungen im Bereich von Staat und Verwaltung wahrgenommen zu haben. In der Wahrnehmung von Veränderungen überwiegen Reformen am Arbeitsmarkt. Allerdings betont die überwältigende Mehrheit der Befragten die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates, vor allem im Bereich der Kinderpolitik.
- Das gesellschaftliche Engagement der Bundesdeutschen ist nach Einschätzung der Befragten eher unterdurchschnittlich, aber ausbaufähig, wenn konkrete und sinnvolle Tätigkeiten ausgeübt werden können.

Weitreichende Reformen sind nur dann von nachhaltigem Erfolg begleitet, wenn sie den Bürgern überzeugend nahe gebracht und von ihnen mitgetragen werden. Mit den Ergebnissen der vorliegenden Befragung will die Bertelsmann Stiftung einen Überblick über die vorhandenen Wahrnehmungen der bundesdeutschen Bevölkerung geben. Sie will aber auch mögliche Handlungsfelder aufzeigen, in denen die Initiierung weiterer Reformen notwendig erscheint und die darüber hinaus von bürgerschaftlichem Engagement begleitet bzw. unterstützt werden können.

Aus diesem Grund wünschen wir uns, dass die vorliegende Broschüre ein Anstoß für fruchtbare Diskussionen sein wird.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Heribert Meffert
Vorsitzender des Vorstandes
der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Methodik

Die Repräsentativbefragung wurde im August 2005 durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 1.006 Personen, deren Auswahl nach einem Zufallsverfahren vorgenommen wurde. Damit liegt die mittlere Fehlertoleranz der im Kommentar berichteten Prozentangaben in neun von zehn Fällen bei ± 3 Prozentpunkten.

Die Umfrage wurde telefonisch in den TNS Emnid CATI-Studios Bielefeld und Berlin durchgeführt. Die Generierung der Telefonstichprobe erfolgte nach den wissenschaftlichen Standards des Arbeitskreises der deutschen Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V.

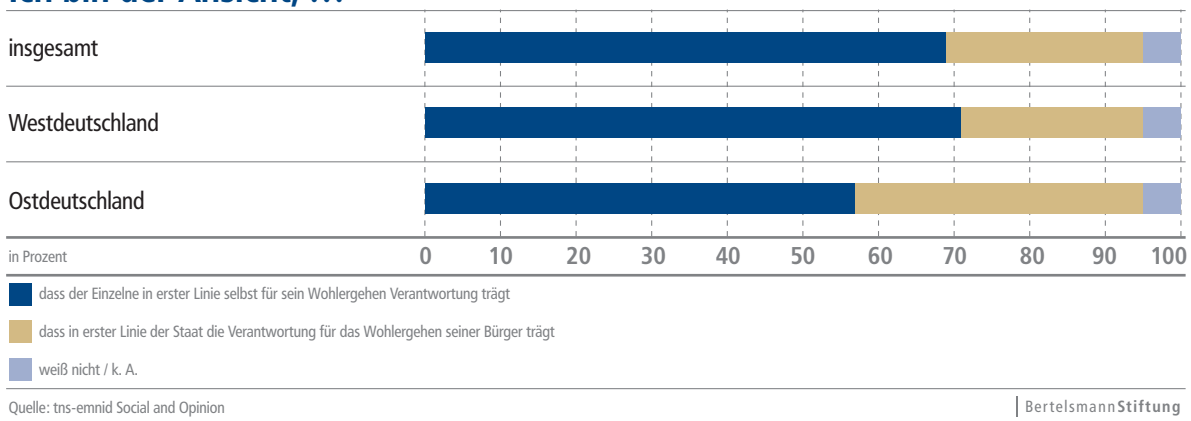
Vor dem eigentlichen Start der Hauptbefragung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen. Dieser wurde im TNS Emnid Telefonstudio in Berlin unter realen Bedingungen durchgeführt.

Ergebnisse

1. Nur für eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger ist in erster Linie der Staat für das eigene Wohlergehen verantwortlich

Um den Interviewten den Einstieg in das Thema der Untersuchung „Staat der Zukunft“ zu erleichtern, wurde ihnen zunächst eine allgemeine Frage gestellt, nämlich wer in erster Linie die Verantwortung für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands trage, eher der Staat oder mehr der Einzelne.

Wer trägt Verantwortung für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger? Ich bin der Ansicht, ...



Frage: Über das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat kann man ganz unterschiedlicher Meinung sein. Welcher der folgenden Aussagen würden Sie eher zustimmen?

Bürger sehen sich selbst verantwortlich

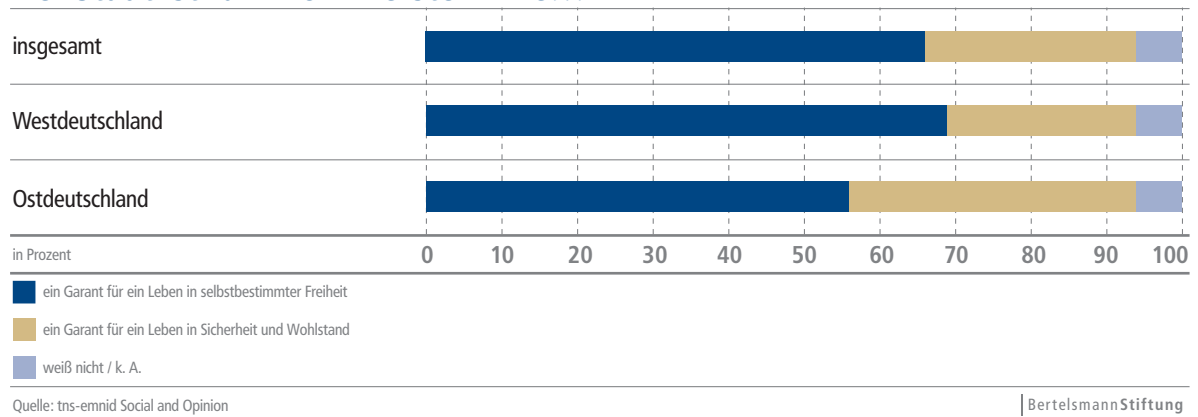
Durchschnittlich sieben von zehn Bundesbürgern sind der Meinung, dass sie für ihr Wohlergehen hauptsächlich selbst verantwortlich seien. Diese Einstellung ist im Westen verbreiteter als in den neuen Bundesländern, in denen etwa vier von zehn Befragten die Verantwortlichkeit beim Staat sehen. Dies liegt wahrscheinlich an der unterschiedlichen Sozialisation der beiden Bevölkerungsgruppen – auch 15 Jahre nach dem Fall der Mauer.

Während es so gut wie keine Alters- und Geschlechtsunterschiede im Antwortverhalten gibt, lassen sich in Bezug auf andere soziodemographische Faktoren klare Tendenzen erkennen, insbesondere bei der formellen Bildung: je höher diese ist, desto eher wird die Eigenverantwortung betont. Auch mit steigendem Einkommen und zunehmender Verstädterung nimmt der Bezug auf die Eigenverantwortung zu.

2. Der Staat wird in erster Linie als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit wahrgenommen

Ergänzend zur ersten Frage wurde im Anschluss die Frage nach der Rolle des Staates gestellt.

Rolle des Staates Der Staat ist für mich in erster Linie...



Frage: Wir haben ja gerade schon von Staat gesprochen. Der Einzelne kann dem Staat ja ganz unterschiedliche Aufgabenbereiche zubilligen. Welche der nachfolgenden Aussagen trifft für Sie eher zu?

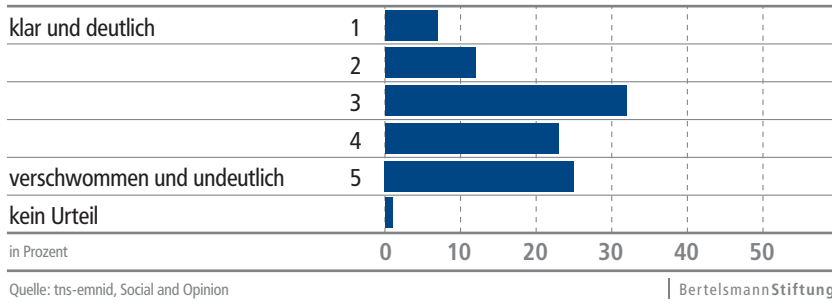
Bundesweit betrachtet sieht die Mehrheit der Befragten den Staat als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit. Umgekehrt erwarten drei von zehn Bürgern vom Staat, ihnen ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen. Unterscheidet man nach dem Antwortverhalten zwischen der Bevölkerung in Ost und West, sieht ein größerer Teil der ostdeutschen Bevölkerung (38%) den Staat in der Verantwortung für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand – anders als im Westen (25%).

Unterschiede in Ost und West

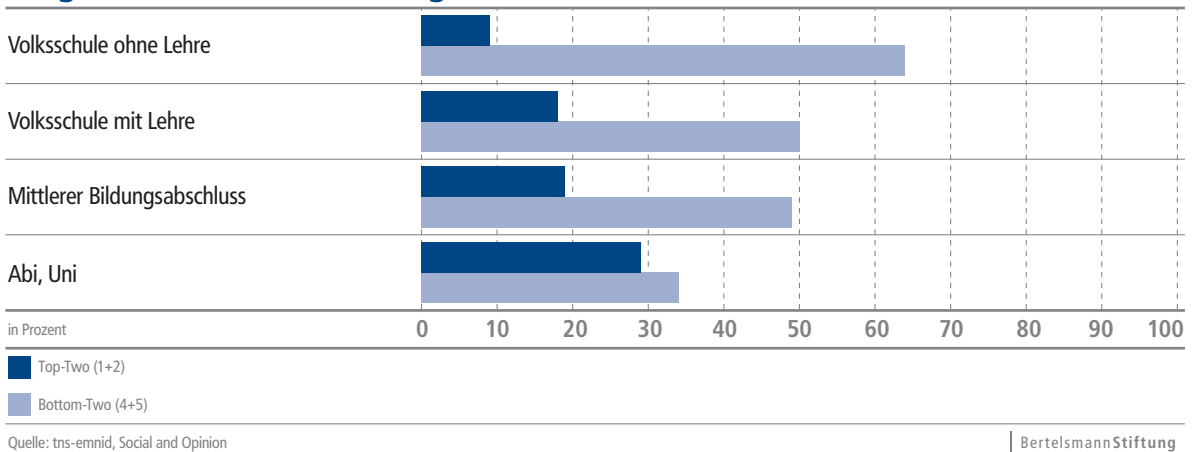
Insgesamt kommen bei dieser Frage die soziodemographischen Unterschiede zum Tragen, mit zunehmendem Bildungsgrad, der steigenden Anzahl der im Haus lebenden Personen und mit zunehmender Verstädterung verändert sich das Antwortverhalten weg von der Meinung, der Staat stehe für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand, hin zu der Ansicht, der Staat sei ein Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit.

3. Vom „Staat“ ist ein eher diffuses Bild vorherrschend

Verinnerlichtes Bild vom Staat Ich sehe es...



Top-Two- und Bottom-Two-Werte, aufgeschlüsselt nach Bildung



Frage: Im Folgenden geht es um die bildliche Vorstellung, die Sie von Menschen oder Gegenständen haben. Bitte versuchen Sie, sich vor Ihrem inneren Auge ein Bild vom Staat zu machen! Wie klar und deutlich ist dieses Bild für Sie?

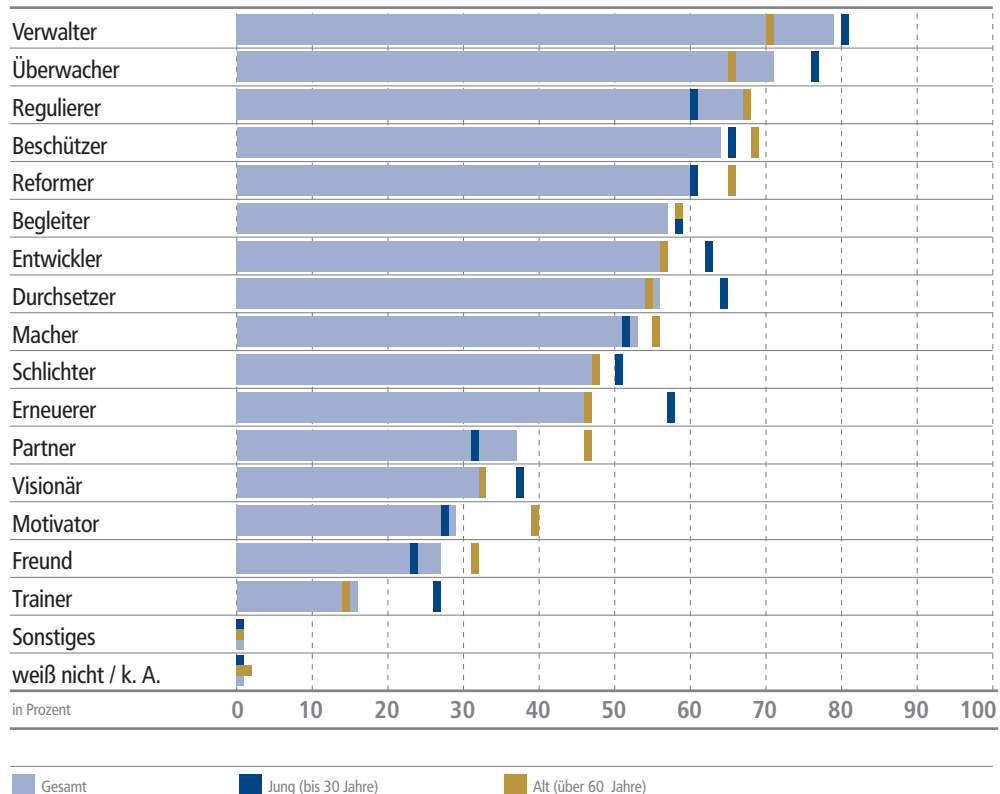
In der persönlichen Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich ein verschwommenes, eher diffuses Bild vom Staat. Nur knapp jeder Fünfte hat nach eigenen Angaben klare Vorstellungen darüber, was der „Staat“ ist bzw. sein soll.

Für die Hälfte der Befragten ist dieses innere Bild nur undeutlich und verschwommen zu erkennen, wobei Befragte mit höherem Bildungsabschluss eher in der Lage sind, klare Konturen des Staates zu erkennen, hier hat immerhin ein Drittel der Befragten eine Vorstellung vom „Staat“

Entsprechend der diffusen Vorstellung vom Staat werden dem Staat völlig unterschiedliche Rollen zugewiesen:

4. Der Staat wird primär mit organisatorischen und administrativen Funktionen in Verbindung gebracht – nur wenige sehen ihn in der Rolle eines Aktivators

Rolle des Staates in der Vorstellung der Bevölkerung Der Staat ist für mich ein...



Quelle: tns-emnid, Social and Opinion | BertelsmannStiftung

Frage: Der Staat kann für den Einzelnen eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben. Wenn Sie sich einmal Ihr Bild vom Staat in seiner Gesamtheit vor Augen führen: Welche der nachfolgenden Rollen passt zu Ihrem Vorstellungsbild von Staat? Bitte sagen Sie mir alles, was auf Sie zutrifft.

Knapp acht von zehn Befragten sehen den Staat als Verwalter. In der Rolle des Überwachers sehen ihn 71 Prozent und etwa zwei Drittel der Befragten sehen im Staat einen Regulierer. Somit wird der Staat primär unter dem Aspekt seiner organisatorischen und administrativen Funktionen betrachtet.

Staat als Verwalter, Überwacher, Regulierer

Demgegenüber tritt die Funktion des Staates als Institution, die ihre Bürger „aktiviert“ und animiert („Trainer“ – 16%, „Freund“ – 27%, „Motivator“ – 29%, „Partner“ – 37%) in der Wahrnehmung deutlich zurück.

Als „aktiv“ im Sinne eines proaktiv Handelnden wird der Staat zwar durchaus betrachtet („Durchsetzer“ – 56%, „Macher“ – 53%), aber ebenso mit eher „passiveren“ Attributen belegt wie „Begleiter“ – (57%) oder „Beschützer“ – (64%).

Die größten Ost-West-Differenzen ergeben sich bei den Attributen „Partner“ und „Trainer“: Während 39 Prozent der Westdeutschen den Staat als Partner empfinden und nur 29 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern diese Auffassung vom Staat teilen, ist das Verhältnis bei der Rolle des Trainers genau entgegengesetzt. So geben 25 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern an, im Staat einen Trainer zu sehen, während es bei den Westdeutschen nur 14 Prozent sind.

Altersunterschiede

Besonders auffällig ist das Antwortverhalten bei den älteren Befragten (>60 Jahre). Diese sehen den Staat im Vergleich zum Durchschnitt weniger als Verwalter (70%) oder Überwacher (66%), sondern begreifen ihn eher in seiner Rolle als „Aktivator“ und bezeichnen ihn häufiger als Partner (46%) und Motivator (40%).

Demgegenüber sehen die Jüngeren (unter 30 Jahre) den Staat vermehrt als Überwacher (76%), aber weniger als Regulierer (61%) und weisen ihm damit ein verstärkt administratives Rollenverständnis zu. Gleichzeitig wird der Staat vermehrt auch als Durchsetzer (64%) und Erneuerer (57%) gesehen.

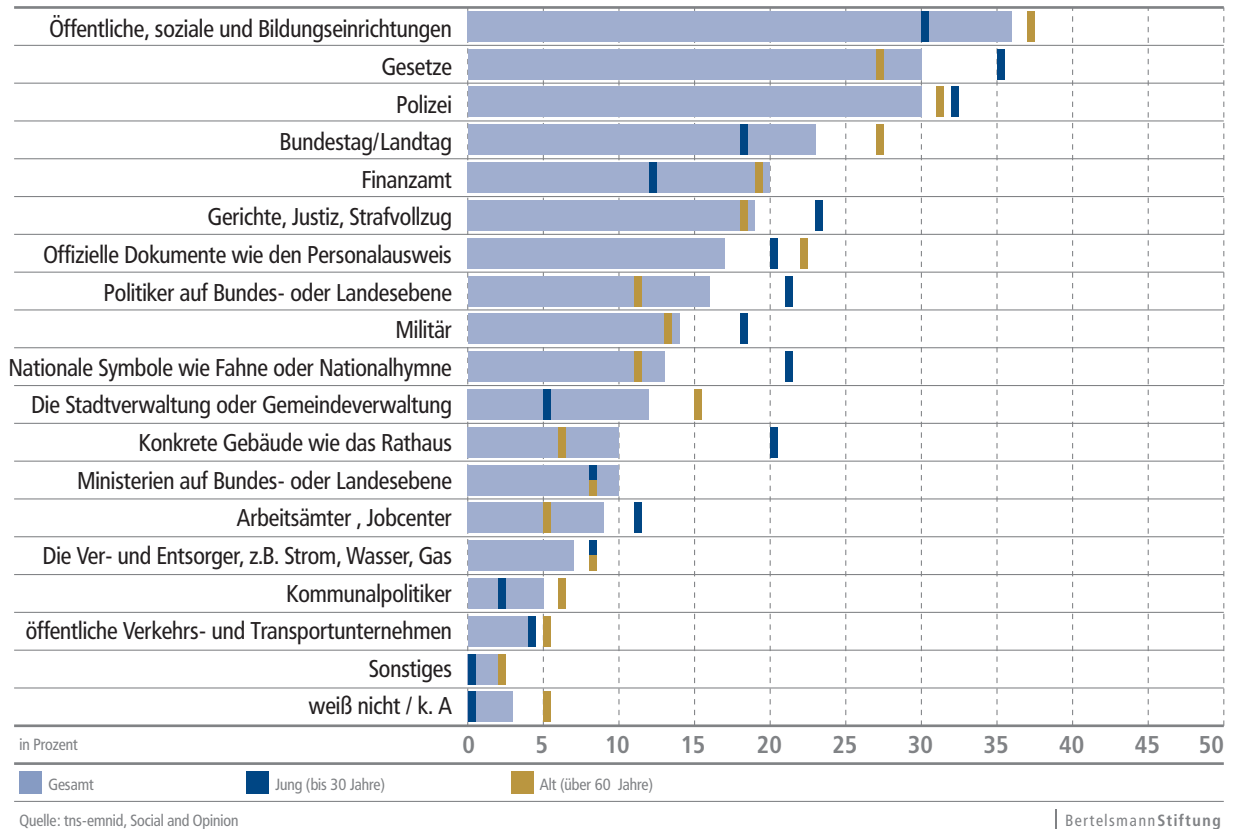
Allerdings weicht das Rollenverständnis der jetzigen Schüler in manchen Punkten von der Sichtweise der gesamten Gruppe der unter 30-Jährigen ab. Hier wird der Staat zwar auch als Regulierer und Überwacher betrachtet, aber vermehrt auch als Reformier (73% gegenüber 60% in der Gruppe der unter 30-Jährigen), Entwickler (68% gegenüber 62%), Macher (64% gegenüber 52%) und Partner (40% gegenüber 31%) gesehen. Diese positive Rollenzuweisung könnte von den wahrscheinlich eher selteneren Kontakten der Schüler mit dem Staat geprägt sein.

Die relative Distanz des Staates als eher abstraktes Gebilde zum einzelnen Bürger kommt zudem in den niedrigen Werten für Rollenzuweisungen wie „Freund“ oder „Trainer“ zum Ausdruck, die stark individualisierte Beziehungen sind. Lediglich bei den älteren Menschen (>60 Jahre) sieht jeder Zweite im Staat einen Partner.

Auch hinsichtlich der Geschlechter sind bei verschiedenen Antwortkategorien wie „Partner“ oder „Macher“ Unterschiede festzustellen. So sehen 44 Prozent der Männer im Staat einen „Macher“ gegenüber 61 Prozent bei den Frauen. Andersherum ist für 42 Prozent der Männer der Staat ein „Partner“, während bei den Frauen nur 32 Prozent diese Ansicht teilen. Die Gründe für diese verschiedenen Rollenzuweisungen des Staates liegen wahrscheinlich in der unterschiedlichen Interpretation der einzelnen Begriffe.

5. Bürger verbinden mit dem Staat vorwiegend soziale Einrichtungen sowie ordnungs- und sicherheitsorientierte Leistungen.

Mit dem Staat assoziierte Institutionen



Frage: Menschen können mit dem Begriff Staat ganz unterschiedliche Dinge verbinden. Wie ist das bei Ihnen? Was verbinden Sie mit dem Begriff Staat in erster Linie? Ich nenne Ihnen nun einige Möglichkeiten und Sie sagen mir bitte, welche Sie davon in erster Linie mit dem Staat in Verbindung bringen.

Mehr als ein Drittel der Befragten assoziiert mit dem Begriff „Staat“ vornehmlich öffentliche, soziale sowie Bildungseinrichtungen, gefolgt vom Rechtsrahmen in Form von „Gesetzen“ sowie der Durchsetzung dieses Gesetzesrahmens in Form der „Polizei“.

Die demokratische Ausformung („Bundestag/Landtag“) verbinden nur 23 Prozent der Befragten in erster Linie mit dem Staat – auch andere Institutionen des politischen Lebens („Politiker“, „Ministerien“) werden nicht in erster Linie genannt. Ebenso spielen die formellen Insignien („Nationalhymne/Fahne“) keine dominante Rolle (13%).

Das „Finanzamt“ wird nur von knapp jedem vierten Westdeutschen und sogar nur von 11 Prozent der Ostdeutschen mit dem Staat in Verbindung gebracht.

Kaum mit Institutionen mit hoheitlichen Aufgaben verbunden

Im Ost-West-Vergleich fällt lediglich das unterschiedliche Antwortverhalten hinsichtlich des „Militärs“ auf. Während in den alten Bundesländern gerade einmal 11 Prozent das Militär mit dem Staat assoziieren, bringt in den neuen Bundesländern fast jeder Vierte das Militär mit dem Staat in Verbindung. Dies mag sich mit der damaligen Präsenz der Streitkräfte in der DDR erklären lassen.

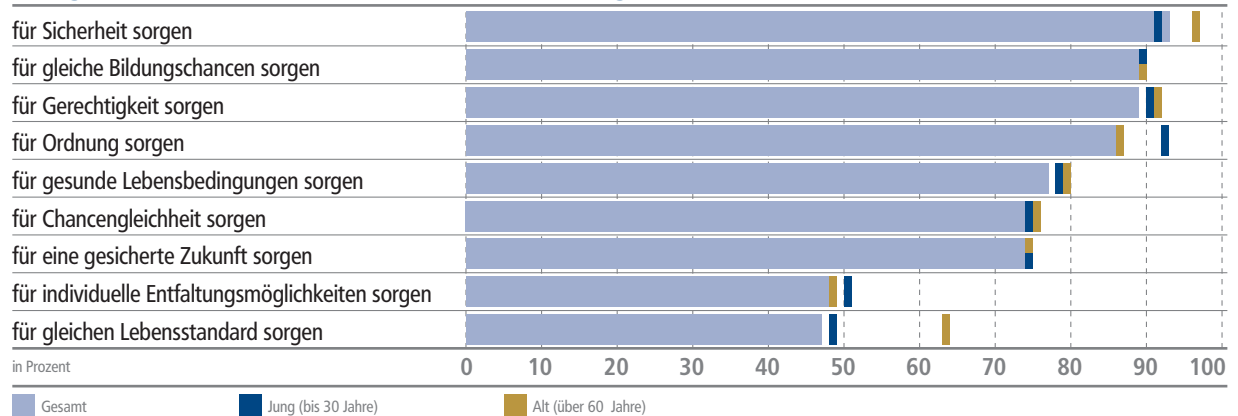
Der Tendenz nach fällt auf, dass der Staat eher mit Einrichtungen, die im täglichen Leben präsent sind, assoziiert wird, jedoch weniger mit konkreten bzw. räumlich begrenzten Institutionen, die hoheitliche Aufgaben des Staates wahrnehmen, wie Parlamente, Finanzbehörden, die Gerichtsbarkeit oder Kommunalverwaltungen.

So werden die öffentlichen, sozialen und Bildungseinrichtungen von 40 Prozent der Frauen mit dem Staat in Verbindung gebracht, aber nur von jedem dritten Mann. Auch ältere Menschen verbinden vermehrt öffentliche und soziale Einrichtungen mit dem Staat (42% in der Gruppe der 50 bis 59-Jährigen).

Somit bestätigt das Ergebnis dieser Frage das undeutliche und diffuse Bild der meisten Bundesbürger vom Staat.

6. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, der Chancengleichheit bei der Bildung sowie von Gerechtigkeit sind die wichtigsten Aufgaben des Staates

Aufgaben des Staates und deren Wichtigkeit



Quelle: tns-emnid, Social and Opinion

Bertelsmann Stiftung

Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Aufgaben und Sie sagen mir bitte jeweils, ob das eine wichtige Aufgabe für den Staat ist. Benutzen Sie dazu bitte eine Skala von 1 für „ist eine sehr wichtige Aufgabe des Staates“ bis 5 für „ist überhaupt nicht Aufgabe des Staates“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Die überwältigende Mehrheit der Befragten, 93 Prozent, räumt der Sicherheit die oberste Priorität ein, geht es um die Aufgaben des Staates.

Priorität: Sicherheit und gleiche Bildungschancen

Weitgehende Einigkeit herrscht ebenso bei der Forderung, dass der Staat für gleiche Bildungschancen für alle seine Bürger zu sorgen habe. Ein differenziertes Bild zeigt sich im Vergleich der einzelnen Bundesländer. Während in den meisten Bundesländern 91 bis 92 Prozent der Bevölkerung diese Auffassung vertreten, sind es in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sogar 96 Prozent. In Bayern hingegen sehen lediglich 77 Prozent der Bevölkerung gleiche Bildungschancen als wichtige Aufgabe des Staates an.

Auch der Feststellung, dass dem Staat primär die Aufgabe zukomme, für Gerechtigkeit zu sorgen, wird vom größten Anteil der Befragten – hier sind es 89 Prozent – beigeprlichtet. 86 Prozent halten die Sicherstellung von Recht und Ordnung für eine wichtige staatliche Aufgabe, vor allem ältere Menschen über 60 Jahre vertreten diese Ansicht (93%). Somit decken sich jene Bereiche, die man mit dem Staat in erster Linie in Verbindung bringt, auch mit jenen Bereichen, die man als wichtig erachtet.

Recht und Ordnung

Ost-West-Unterschiede

Der Staat als Aktivator, der für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sorgt, wird von jedem Zweiten als wichtig erachtet. Während es im Antwortverhalten zwischen Alt und Jung kaum Unterschiede gibt, fällt bei einer Betrachtung der Bevölkerung in Ost und West ein zentraler Unterschied auf: 47 Prozent der Westdeutschen und 52 Prozent der Ostdeutschen sehen diese Aufgabe als wichtig an, allerdings halten 25 Prozent der befragten Personen aus den alten Bundesländern und nur 17 Prozent aus den neuen Bundesländern diese Aufgabe für unwichtig. Ebenso ist es mit der Zukunftssicherung. Wohl nicht zuletzt wegen der schwierigen ökonomischen Lage, wird diese vor allem in Ostdeutschland als wichtige Aufgabe des Staates empfunden (84% gegenüber Westdeutschland 71%). Damit deckt sich das Antwortverhalten mit der Eingangsfrage, wonach in den neuen Bundesländern der Staat vermehrt als Garant für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand angesehen wird.

Auch hinsichtlich der bereits angesprochenen Aufgaben des Staates, für gleiche Bildungschancen und für Gerechtigkeit zu sorgen, sind es vor allem die Bewohner der neuen Bundesländer, die hierin eine wichtige Aufgabe des Staates (94% und 92%) sehen – im Gegensatz zu den Befragten aus den alten Bundesländern (87% und 89%).

Gleicher Lebensstandard

Die Forderung nach gleichem Lebensstandard wird von knapp jedem zweiten Bürger an den Staat gestellt, eine Vorstellung, die den Staat eher in der Rolle des Wohlfahrtsstaates sieht. Allerdings nimmt diese Meinung mit zunehmendem Einkommen sehr stark ab. Während zwei Drittel der einkommensschwachen Befragten die Sorge für einen gleichen Lebensstandard als staatliche Aufgabe sehen, ist es bei Befragten mit hohem Einkommen nur noch ein Drittel.

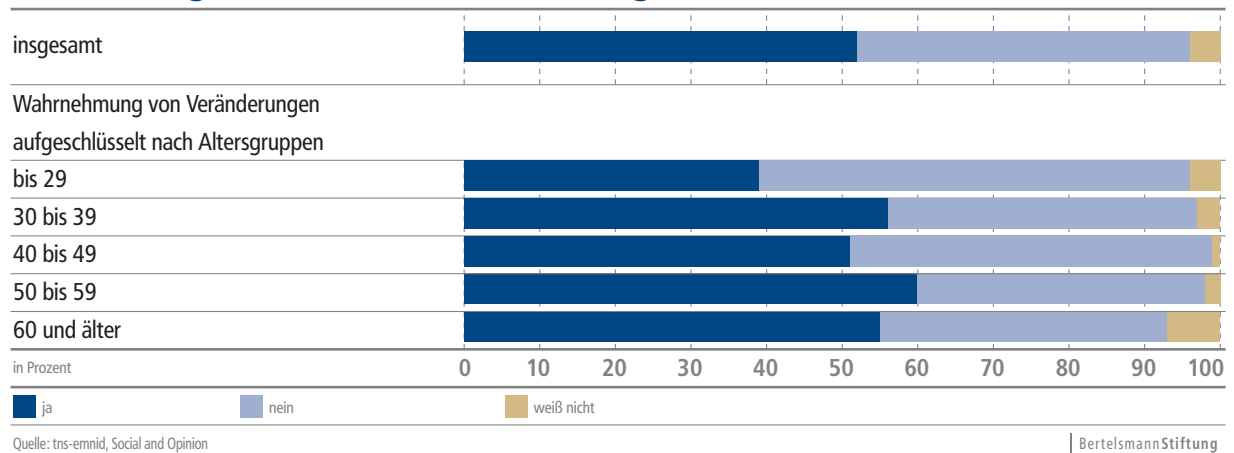
Ein differenziertes Bild hinsichtlich der Kategorie „für gleichen Lebensstandard sorgen“ zeigt sich, wenn man die Antworten nach dem Alter der Befragten unterscheidet. Während die 30- bis 59-Jährigen noch unter dem Durchschnittswert liegen, halten gerade Jüngere (<30 Jahre) und Ältere (>60 Jahre) die Ermöglichung eines gleichen Lebensstandards für eine wichtige Aufgabe des Staates (64% und 61%). Hinsichtlich der soziodemographischen Faktoren wird diese Aufgabe mit zunehmendem Bildungsabschluss und Größe des Wohnortes als weniger wichtig erachtet.

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Altersstruktur der Befragten bei der Sorge für gesunde Lebensbedingungen. Auch hier sehen die 40- bis 60-Jährigen unterdurchschnittlich diese Aufgabe beim Staat, während sie vermehrt von jüngeren (83%) und älteren Menschen (79%) genannt wird.

7. Nur jeder zweite Bürger registrierte in den letzten fünf Jahren wichtige Veränderungen in Staat und Verwaltung

Nachdem die interviewten Personen im ersten Teil der Umfrage nach ihrem Bild vom Staat befragt wurden und die Wichtigkeit verschiedener staatlicher Aufgaben angegeben haben, wurde im weiteren Verlauf nach wahrgenommenen und notwendigen Veränderungen im Zusammenhang zwischen Staat und Verwaltung gefragt.

Veränderungen von Staat und Verwaltung in den letzten fünf Jahren



Frage: Gab es in den letzten fünf Jahren im Zusammenhang von Staat und Verwaltung Ihrer Beobachtung nach wichtige Veränderungen?

44 Prozent der Befragten haben in den letzten fünf Jahren keine gewichtigen Veränderungen auf Staats- bzw. Verwaltungsebene registriert. Das heißt: Hartz IV, Gesundheitsreform, Steuerreform, Rentenreform etc. waren spontan also nicht im Gedächtnis der Befragten.

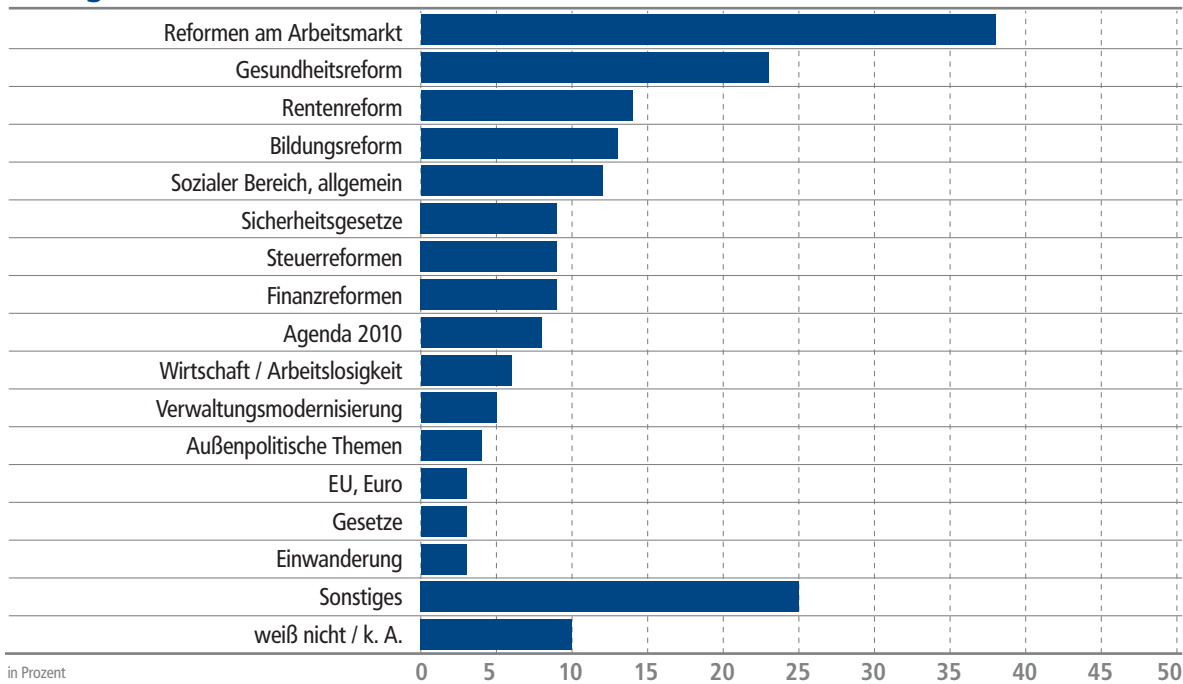
Dieses offensichtliche Informationsdefizit ist insbesondere bei den unter 30-Jährigen auszumachen. Umgekehrt: Mit zunehmend höherem formellem Bildungsabschluss steigt der Anteil derjenigen, die meinen, dass es in den zurückliegenden fünf Jahren wichtige Wandlungen gegeben habe.

Nur die Hälfte nahm Veränderungen wahr

Massives Informationsdefizit bei Jüngeren

8. Die wahrgenommenen Veränderungen liegen größtenteils im Bereich „Arbeit“

Gebiete, auf denen in den letzten fünf Jahren Veränderungen wahrgenommen wurden



in Prozent

Nur Befragte, die wichtige Veränderungen wahrgenommen haben (n=525); Nennungen unter 3% fallen in die Kategorie „Sonstiges“

Quelle: tns-emnid Social and Opinion

BertelsmannStiftung

Frage: Auf welchen Gebieten fanden diese statt?

Mittels einer ungestützten Fragestellung konnten diejenigen Befragten, die Veränderungen in Staat oder Verwaltung wahrgenommen hatten, angeben, auf welchen Gebieten diese stattfanden.

Viele Reformen kaum wahrgenommen

Knapp vier von zehn Befragten geben an, in den vergangenen fünf Jahren Reformen des Arbeitsmarktes wahrgenommen zu haben – überdurchschnittlich genannt bei Personen im erwerbstätigen Alter, also den zumindest potenziell Betroffenen.

Etwas weniger als jeder Vierte erinnert sich an Reformen des Gesundheitssystems. Als weitere wichtige Veränderungen geben 14 bzw. 13 Prozent der Befragten die Renten- bzw. die Bildungsreform an. Erwartungsgemäß nennen überdurchschnittlich viele der über 60-Jährigen die Rentenreform (22%), wohingegen die Bildungsreform bei ihnen kaum genannt wurde (5%). Lediglich vier Prozent der Befragten mit geringem Einkommen nannten die Rentenreform als wahrgenommene Veränderung.

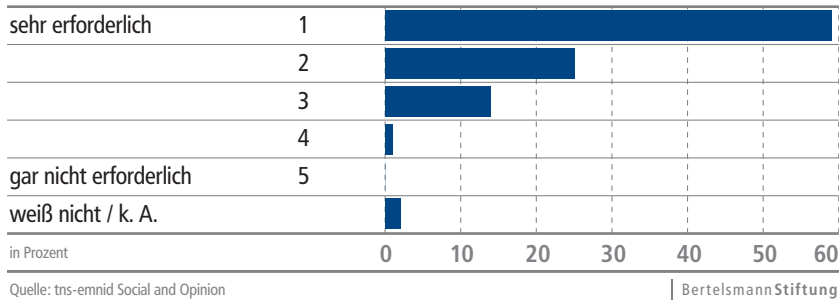
Die Agenda 2010, die in der Politik eine entscheidene Rolle gespielt hat und die auch im Wahlkampf immer wieder genannt wurde, wurde lediglich von 8 Prozent der Befragten genannt. Besonders auffällig ist einmal mehr der Ost-West-Vergleich. Während im Westen gerade einmal 7 Prozent diesen Reformbereich nannten, fiel 12 Prozent der Ostdeutschen die Agenda 2010 als Veränderung auf.

Jedem Zehnten fällt schließlich gar nichts Konkretes ein, obwohl die Zielpersonen bei der Vorfrage angegeben hatten, Veränderungen bemerkt zu haben. Das heißt: Der Kenntnisstand der Bevölkerung zu den Veränderungen – egal wie man zu ihnen stehen mag – erscheint als äußerst lückenhaft.

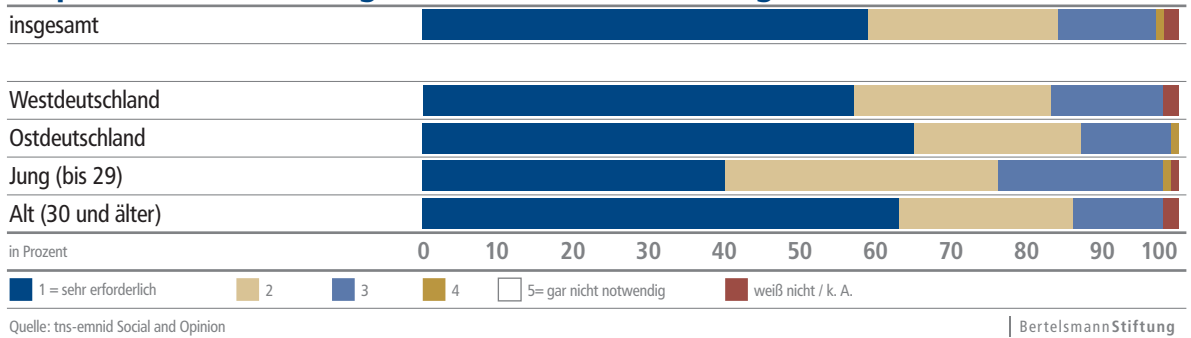
Lückenhafter Kenntnisstand

9. Die überwältigende Mehrheit betont die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates

Empfundene Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates



Empfundene Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates



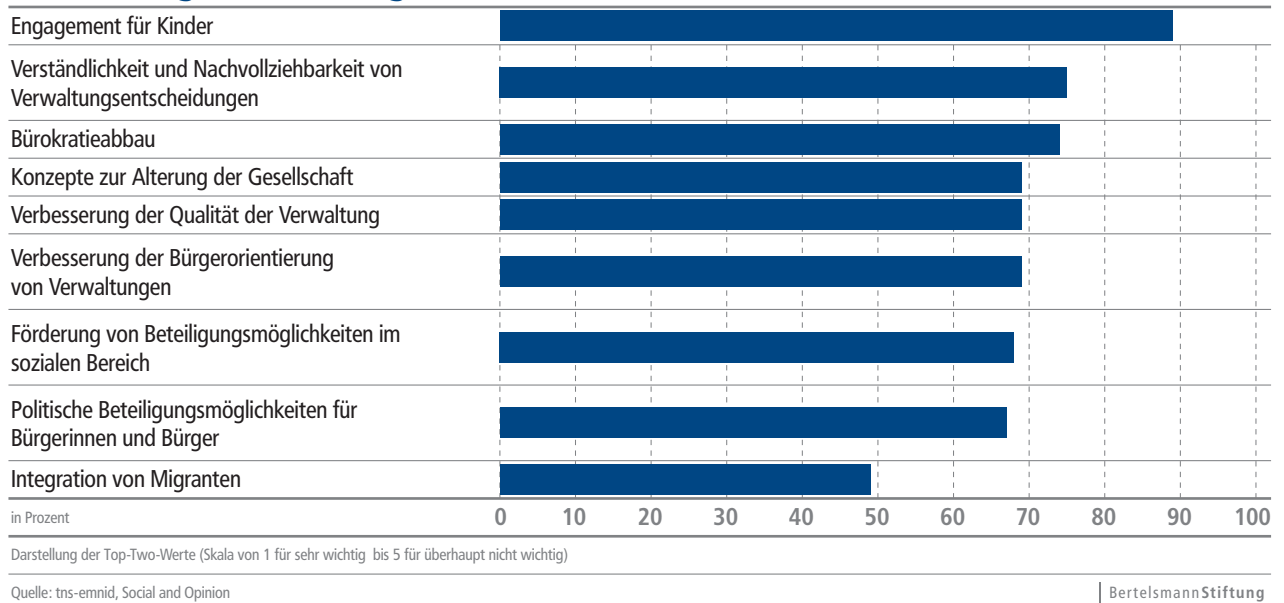
Frage: Im Folgenden möchte ich mit Ihnen darüber sprechen, wie sich der Staat weiterentwickeln soll. Sagen Sie mir bitte zunächst ganz allgemein, wie Sie die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates einschätzen. 1 bedeutet hierbei „sehr erforderlich“, 5 bedeutet „gar nicht erforderlich“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstimmen.

Jüngere sehen weniger Reformbedarf

Hatte etwa nur gut die Hälfte der Bürger Veränderungen im Bereich Staat und Verwaltung in den letzten fünf Jahren bemerkt, so halten 84 Prozent weitere Veränderungen für erforderlich – 59 Prozent halten diese sogar für sehr dringend. Diese Einsicht in die dringende Notwendigkeit von Reformen ist im Osten (65%) stärker ausgeprägt als im Westen (57%). Lediglich bei den jüngeren Befragten unter 30 Jahren betrachten 75 Prozent weitere Reformen für erforderlich. Bei den Älteren liegt dieser Wert zwischen 82 und 88 Prozent, wobei gerade die 50 bis 59-Jährigen hier einen erhöhten Nachholbedarf sehen (91%).

10. Das verstärkte Engagement für Kinder ist von überragender Wichtigkeit

Gebiete, auf denen Veränderungen und Entwicklungen notwendig sind



Frage: Und wie ist das bei den einzelnen Themenbereichen: Sagen Sie mir bitte auch hier jeweils, wie Sie die Notwendigkeit von Veränderungen und Entwicklungen einschätzen. 1 bedeutet auch hierbei „sehr erforderlich“, 5 bedeutet „gar nicht erforderlich“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Knapp neun von zehn Befragten sind der Meinung, dass vor allem das Engagement für Kinder gestärkt werden müsse. Damit ist bspw. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung Alleinerziehender oder die Ganztagsbetreuung mit Abstand das wichtigste Reformziel der hier abgefragten Bereiche. Wobei gerade in den neuen Bundesländern, bei Frauen und bei befragten Personen mit geringem Einkommen der Anteil derer, die Reformen in diesem Bereich als sehr erforderlich ansehen, überproportional hoch ist. Lediglich bei den jüngeren Befragten ist diese Ansicht nicht ganz so stark ausgeprägt. Konzepte des demographischen Wandels fallen in der Wichtigkeit dagegen deutlich zurück (74%) und werden vor allem von den älteren Befragten als erforderlich angesehen (83% bei der Gruppe >60 Jahre). Weitaus weniger ist dies bei den unter 30-Jährigen der Fall (58%).

Die Reformtätigkeiten auf der Ebene der Verwaltung werden in den verschiedenen Facetten von 69 bis 75 Prozent der Bevölkerung als wichtig erachtet. Besonders auffällig ist der regionale Unterschied zwischen Ost und West beim Bürokratieabbau. Während 72 Prozent der Westdeutschen hier einen Nachholbedarf des Staates sehen, sind es bei den Ostdeutschen 82 Prozent. Auch hinsichtlich der Geschlechter sind die Ansichten über die Erforderlichkeit weiterer Maßnahmen zum Bürokratieabbau verschieden. Während jede zwei-

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Verwaltungsreform, Bürokratieabbau

te Frau Veränderungen in diesem Bereich für sehr erforderlich hält, sind nur zwei von drei befragten Männern dieser Ansicht. Aber auch hinsichtlich des Alters und des Einkommens treten Differenzen auf: Mit zunehmendem Alter nimmt die Zahl derer, die den Bürokratieabbau für erforderlich halten, zu, während mit steigendem Einkommen der entgegengesetzte Trend festzustellen ist.

Auch bei den anderen Aspekten hinsichtlich der Verwaltungsreform wie der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsentscheidungen oder in den Bereichen „Verbesserung der Qualität der Verwaltung“ und „Verbesserung der Bürgerorientierung von Verwaltungen“ sehen die Menschen in den neuen Bundesländern einen überproportionalen Bedarf an Veränderungen im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung (vier bis sieben Prozentpunkte mehr).

Unzufrieden mit der Bürgerorientierung der Verwaltungen sind vor allem die Befragten mit geringerem Einkommen. Fast jeder Zweite (49%) hält Reformen in diesem Bereich für sehr erforderlich.

Bei der Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Verwaltungsentscheidungen sind es vor allem die mittleren Generationen (77 bis 81%), gegenüber den unter 30-Jährigen (72%) und den über 60-Jährigen (70%), die vermehrt Nachholbedarf sehen.

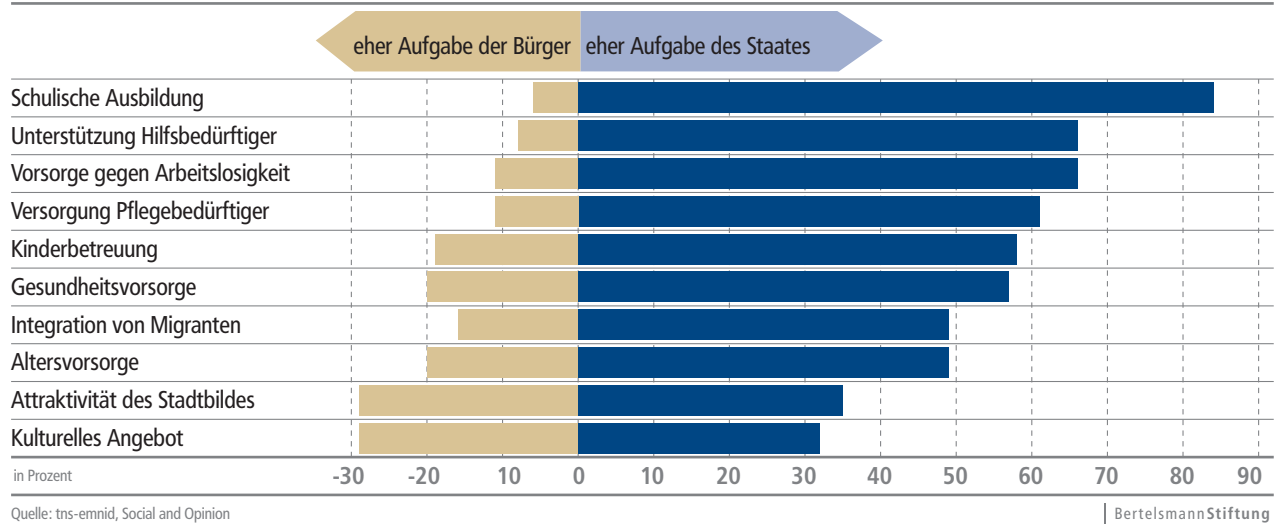
Mehr politische Partizipation halten immerhin zwei von drei Befragten für wichtig. Die Integration von Migranten ist aus Sicht der Befragten kein primäres Ziel und wird eher von Befragten aus Städten ab 20.000 Einwohnern angegeben. Besonders Menschen mit geringem Einkommen sehen bei dieser Aufgabe keine Notwendigkeit (33%).

Zentrale Aufgaben: „Kinder“ und „Bildung“

Diese Resultate, wie die Ergebnisse zuvor, und die folgende Tabelle zeigen, dass die Aspekte „Kinder“, „Bildung“ und „Bildungschancen“ aus Sicht der Bürger zentrale Aufgaben des Staates sind.

11. Bei konkreten gesellschaftlichen Aufgabenbereichen liegt aus Sicht der Bürger die Verantwortung eindeutig beim Staat, nicht beim Bürger

Aufgabenbereiche des Staates



Frage: Die Aufgaben in einer Gesellschaft können ja zu ganz unterschiedlichen Teilen vom Staat oder seinen Bürgern erfüllt werden, wenn Sie z.B. an die Berufsfeuerwehr einerseits und die Freiwillige Feuerwehr oder an öffentliche Pflegeheime und private Pflege andererseits denken. Ich lese Ihnen im Folgenden einige gesellschaftliche Bereiche vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, inwieweit Sie diesen Bereich eher zum Aufgabenbereich des Staates oder zum Aufgabenbereich des einzelnen Bürgers zählen. 1 bedeutet dabei „eher zum Staat“, 5 bedeutet „eher zum Bürger“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Hatten die Befragten bei der einleitenden Frage dieser Untersuchung mehrheitlich das Individuum als verantwortlich für das eigene Wohlergehen benannt, so ist es bei konkreten gesellschaftlichen Aufgaben schließlich der Staat, der sich nach Ansicht der Bürger darum kümmern sollte. Er ist letztlich, mit unterschiedlicher Akzentuierung, mehrheitlich für alle der aufgelisteten gesellschaftlichen Aufgaben zuständig, wobei insbesondere die Bevölkerung in Ostdeutschland den Staat in der Verpflichtung sieht. Besonders deutlich wird dies bei den Aufgaben Kinderbetreuung (West: 54%, Ost: 74%), Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit (W: 64%, O: 76%), Versorgung Pflegebedürftiger (W: 59%, O: 70%) und bei der Altersvorsorge (W: 47%, O: 57%). Lediglich Personen mit hohem Einkommen sehen die Gesundheitsvorsorge, die Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit und die Versorgung Pflegebedürftiger eher als Aufgabe des Bürgers.

**Ostdeutsche Bevölkerung
sieht Staat in der Pflicht**

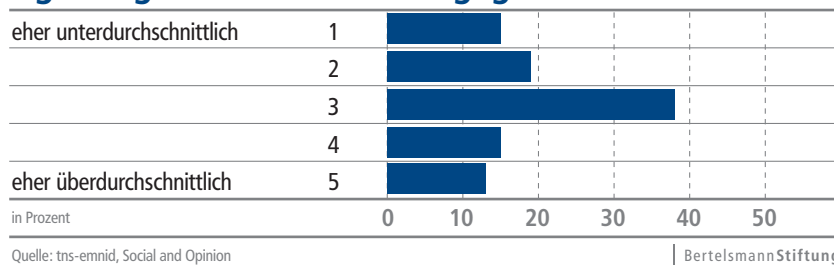
Bürgerstaat mehrheitlich nicht gewünscht

Der „Bürgerstaat“ ist aus dem Selbstverständnis der Bürger offensichtlich nicht mehrheitlich gewünscht, gerade auch in den eher politikfernen Bereichen. Während die schulische Ausbildung nach Auffassung fast aller Bürger in der Verantwortung des Staates liegen soll, fordern dies selbst beim Stadtbild und dem kulturellem Angebot noch jeweils ein Drittel. Gerade mit steigender Einwohnerzahl in den Städten nimmt die Ansicht zu, dass die Gestaltung und die Attraktivität des Stadtbildes eine staatliche Aufgabe sei.

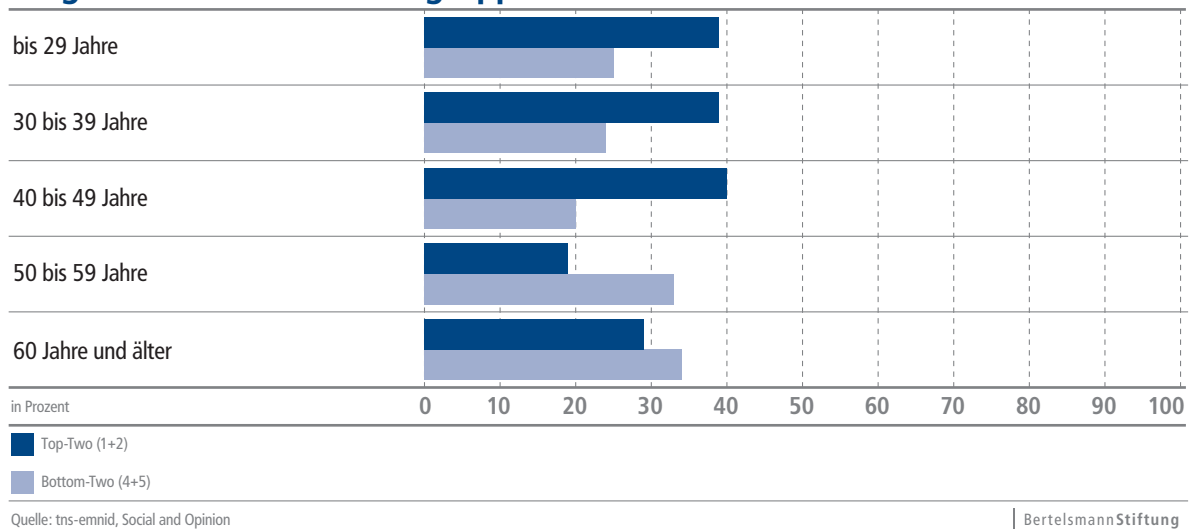
12. Geteilte Meinungen beim eigenen gesellschaftlichen Engagement

Abschließend wurde nach dem eigenen gesellschaftlichen Engagement der Bundesdeutschen und nach den Beweggründen für ein stärkeres Engagement gefragt.

Eigenes gesellschaftliches Engagement



Gesellschaftliches Engagement aufgeschlüsselt nach Altersgruppen



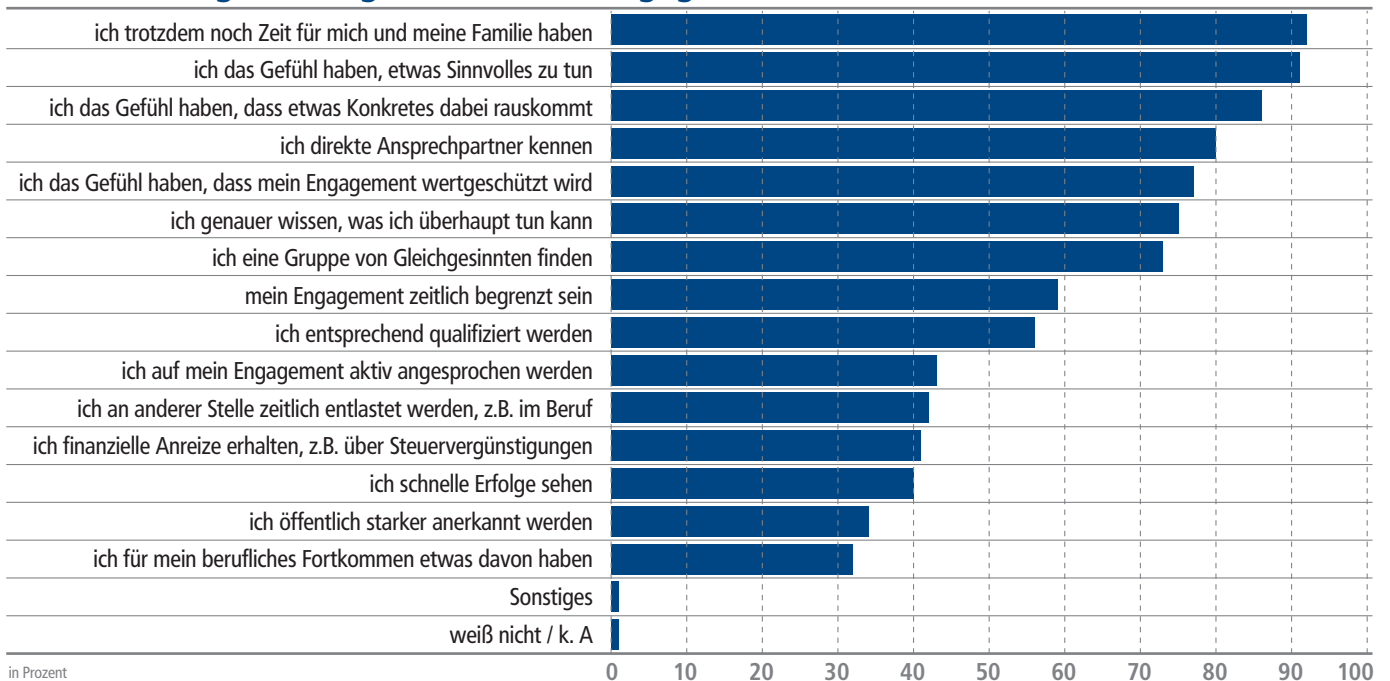
Frage: Einzelne können sich ja in unterschiedlichem Maße gesellschaftlich engagieren, z.B. über Mitwirkung im Kirchenkreis, Engagement im Sportverein oder in der Nachbarschaftshilfe. Wie ist das bei Ihnen? Wie schätzen Sie Ihr gesellschaftliches Engagement ein? Ist es eher über- oder eher unterdurchschnittlich? 1 bedeutet hierbei „eher unterdurchschnittlich“, 5 bedeutet „eher überdurchschnittlich“. Mit den dazwischen liegenden Werten können Sie Ihr Urteil abstufen.

Gesellschaftliches Engagement auf mittlerem Niveau

Im Durchschnitt geben annähernd genauso viele Befragte an, dass sie sich eher überdurchschnittlich (28%) engagieren, wie es Befragte gibt, die meinen, dass ihr Engagement eher unterdurchschnittlich sei (33%). Der größte Anteil (38%) entscheidet sich jedoch für die mittlere Stufe der Skala, nämlich dass ihr Engagement weder besonders stark noch ausgesprochen gering ausgeprägt sei. Befragte aus den alten Bundesländern geben etwas häufiger (plus sechs Prozentpunkte) als solche aus den neuen Bundesländern an, dass ihr gesellschaftliches Engagement überdurchschnittlich hoch sei. Überdurchschnittlich ist das Engagement in der Selbsteinschätzung insbesondere bei den über 50-Jährigen (ebenfalls plus sechs Prozentpunkte).

13. Zeitliche Überschaubarkeit des gesellschaftlichen Engagements von zentraler Bedeutung

Was steht dem gesellschaftlichen Engagement im Wege? Damit ich mich zukünftig stärker gesellschaftlich engagiere, müsste...



in Prozent

Nur Befragte, die unterdurchschnittliches bis durchschnittliches Engagement (Nennung von 1, 2 oder 3 bei vorangegangener Fragestellung) angeben (n=717)

Quelle: tns-empid, Social and Opinion

| Bertelsmann Stiftung

Frage: Was könnte Sie dazu bewegen, Ihr gesellschaftliches Engagement zukünftig zu verstärken? Ich lese Ihnen im Folgenden einige Aussagen hierzu vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob diese für Sie zutreffen.

Knapp zwei Drittel der Befragten geben an, dass es Faktoren der „Sinnhaftigkeit“ oder der zeitlichen Durchführbarkeit sowie der Wunsch eines konkreten Ergebnisses sind, die sie bisher davon abgehalten haben, sich verstärkt gesellschaftlich einzubringen, wobei der Zeitfaktor in den neuen Bundesländern eine noch größere Rolle spielt, als in den alten. Auch legt die ostdeutsche Bevölkerung vermehrt Wert auf das Kennen eines direkten Ansprechpartners (86%), die Wertschätzung der geleisteten Arbeit (83%) und das Wissen, was konkret geleistet werden kann (83%). Pekuniäre Incentives treten dagegen in den Hintergrund, ebenso wie die Forderung nach einer entsprechenden Qualifikation oder eine Entlastung an anderer Stelle, wobei in diesen Fällen die Ansprüche der befragten Personen aus den neuen Bundesländern noch unter den abzulesenden Werten liegen.

Sinnhaftigkeit und konkrete Ergebnisse wichtig

Fazit

Die Ergebnisse dieser repräsentativen Befragung zeigen zum einen, dass die Mehrheit der Deutschen (69%) sich für das eigene Wohlergehen selbst verantwortlich fühlt. Andererseits sieht immerhin noch jeder Vierte den Staat in der Verantwortung, für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Dementsprechend wird der Staat als Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit angesehen. Allerdings vertreten drei von zehn Deutschen die Ansicht, der Staat trage die Verantwortung dafür, den Bürgern ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Gerade in den neuen Bundesländern ist diese Meinung noch häufiger vertreten als in den alten.

Während sich die befragten Personen über die Rolle des Staates weitgehend im Klaren sind, so ist das Bild der Deutschen vom Staat eher verschwommen und undeutlich. Lediglich jeder Fünfte gibt an, konkrete Vorstellungen vom Staat zu haben. Trotz des diffusen Bildes vom Staat wird dieser von den meisten unter organisatorischen und administrativen Gesichtspunkten gesehen und mit den Begriffen „Verwalter“, „Überwacher“ oder „Regulierer“ in Verbindung gebracht. Die Rolle des Aktivators ist dagegen unterrepräsentiert, wobei vermehrt die älteren Befragten den Staat in dieser Rolle begreifen.

Vorwiegend werden soziale, ordnungs- und sicherheitsorientierte Leistungen mit dem Staat assoziiert. Der Tendenz nach fällt auf, dass der Staat mit Einrichtungen, die im täglichen Leben präsent sind, in Verbindung gebracht wird, jedoch weniger mit konkreten bzw. räumlich begrenzten Institutionen, die hoheitliche Aufgaben des Staates wahrnehmen, wie Bundes- und Landtage, Finanzämter, Gerichte oder Stadt- und Gemeindeverwaltungen. Damit bestätigt diese Frage das diffuse Bild, das die meisten Deutschen vom Staat haben.

Hinsichtlich der Aufgaben des Staates nennen die befragten Bundesbürger die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung als die wichtigste Aufgabe, gefolgt von der Chancengleichheit bei der Bildung und der Sorge für Gerechtigkeit. Die Mehrheit fordert zudem die Sicherstellung gesunder Lebensbedingungen sowie eine gesicherte Zukunft vom Staat. Entsprechend des Antwortverhaltens, der Staat Sorge für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand, sehen vermehrt die Ostdeutschen die Zukunftssicherung und die Sorge für gesunde Lebensbedingungen beim Staat.

Nach dieser Rollen- und Aufgabenzuweisung des Staates wurde im weiteren Verlauf nach wahrgenommenen und weiteren notwendigen Reformen gefragt. Nur etwa die Hälfte der an der Befragung teilnehmenden Personen gab an, in den letzten fünf Jahren Veränderungen im Bereich von Staat und Verwaltung wahrgenommen zu haben, überwiegend auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings konnte jeder Zehnte keine konkreten Veränderungen benennen, obwohl er zuvor angegeben hatte, Veränderungen wahrgenommen zu haben. Dennoch betont die überwältigende Mehrheit die Notwendigkeit weiterer Reformen des Staates vor allem im Bereich der Kinder.

Bei der Aufgabenzuweisung konkreter gesellschaftlicher Bereiche (schulische Ausbildung, Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit, etc.) sehen die Bürger, trotz der Einschätzung, der Staat sei ein Garant für ein Leben in selbstbestimmter Freiheit, primär den Staat in der Pflicht diese Aufgaben zu erfüllen.

Hinsichtlich der Selbsteinschätzung des persönlichen gesellschaftlichen Engagements halten zwei Drittel dieses für ausbaufähig. Insgesamt würden viele Befragte sich vermehrt sozial einbringen, wenn es sich um eine sinnvolle, konkrete und nicht zu zeitaufwändige Tätigkeit handelt.

Trotz der Ansicht, dass der Staat ein Leben in selbstbestimmter Freiheit garantiere, werden konkrete Aufgaben überwiegend in die Verantwortung des Staates gelegt. Demgegenüber ist das gesellschaftliche Engagement der Mehrheit eher unterdurchschnittlich. Somit sieht die Mehrheit der Deutschen den Staat in der Pflicht, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, Vorsorge zu treffen und die Zukunft des Einzelnen zu sichern.

Projektbeschreibung



Ansprechpartner:
Oliver Haubner

E-mail: oliver.haubner@bertelsmann.de

Die Initiative „Staat der Zukunft“ – ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums des Innern

Ein Rückblick auf die bisherige Reformarbeit und eine Bilanzierung der verschiedenen Best Practice-Modelle von strukturellen Veränderungen und erzielten Erfolgen ist ein wesentlicher Bestandteil der Zielsetzungen des Kooperationsprojektes „Staat der Zukunft“. Gleichzeitig soll der augenblickliche Stand der Verwaltungsreformen ermittelt werden. Die jeweils wichtigsten Reformtreiber und Problembereiche aus Sicht der Bevölkerung sollen identifiziert sowie Ansatzpunkte für die künftige Ausrichtung weiterer konkreter Reformmaßnahmen erarbeitet werden.

Insgesamt soll das Projekt „Staat der Zukunft“ das öffentliche Bewusstsein hinsichtlich weiterer Reformen des Staates fördern und die Bürger für den Wandel von Aufgaben, Strukturen und Arbeitsweise des Staates und seiner Verwaltung zusätzlich sensibilisieren.

Das Projekt ist in drei Phasen unterteilt. In einem ersten Schritt soll durch die hier vorliegende repräsentative Umfrage das Verständnis der Bundesdeutschen vom Staat und von der ihm zugewiesenen Rolle erfragt werden.

Darauf aufbauend schließen sich Themenkonferenzen an, in denen bisherige Verwaltungsreform-Projekte von Experten bewertet und Perspektiven für zukünftige Reforminitiativen entwickelt werden.

Aus diesen gewonnenen Erkenntnissen und Ergebnissen werden konkrete Zukunftsszenarien und Handlungsoptionen für den „Staat der Zukunft“ abgeleitet.

Sowohl diese Szenarien als auch neue Ansatzpunkte für die künftige Rolle des Staates werden im dritten Teil dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

BertelsmannStiftung

Impressum

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh

© 2005 Bertelsmann Stiftung

Verantwortlich:

Oliver Haubner

Autoren:

Jörn Fieseler
Oliver Haubner

Gestaltung:

www.a3plus.de,
Gütersloh

Bildnachweise:

A.*Dreiplus*
Archiv Bertelsmann Stiftung

Druck:

Druckerei Reinhold Festge GmbH & Co. KG,
Oelde

